

Staat

Anfang des Monats und noch immer keine Stütze auf dem Konto? Dabei hält mensch den deutschen Sozialstaat aber für gar keine so schlechte Einrichtung – vor allem im europäischen Vergleich. Was geht mit einer solchen Einrichtung einher? Die Tatsache mit dem „Existenzminimum“¹ ohne Job über die Runden kommen zu können oder das Gefühl tatsächlich durch die Behörden diszipliniert und sanktioniert zu werden? Staatlichkeit begegnet uns vielfach im Alltag, seien es Ämter und ihre Verwalter oder unmittelbar in der Figur des Polizisten, der dazu befugt ist gegen seine Mitmenschen Gewalt anzuwenden. Doch was genau meint Staat und Staatlichkeit in der linken Theorie, auch dort ist das Thema seit Langem heiß diskutiert.

Gegenstand unserer Betrachtung soll dabei der bürgerliche Staat sein. Damit einher geht eine bestimmte historisch gewachsene Staatsform und die Funktion des Staates als Garant der kapitalistischen Produktionsweise. Ihm kommt dabei die Rolle zu, den rechtlichen Rahmen für die einzelnen Tauschpartnern auf dem Markt zu setzen. Also zwischen Kapitalist_innen und Lohnabhängigen aber auch den in Konkurrenz zueinander stehenden Einzelkapitalen. Durch die rechtliche Setzung des Eigentums kommt zu Gegensätzen in der Gesellschaft – deutlich sichtbar an Besitzenden und Nichtbesitzenden. Als Eigner des Gewaltmonopols soll er zwischen diesen gegensätzlichen Interessen schlichten und richten, um den Kreislauf der Produktion und die Reproduktion zu sichern.

Mit dieser kurzen These möchten wir Behauptungen entgegentreten, der Staat sei einem Naturzustand des Menschen geschuldet oder als ahistorische Konstante zu betrachten und würde auf einem allgemeinen Gesellschaftsvertrag fußen – wie dies bürgerliche Ideolog_innen behaupten. Auch den verbreiteten linken Vorstellungen vom Staat als neutraler Instanz auf dessen Übernahme hinzuarbeiten sei oder als direktes Werkzeug der Bourgeoisie soll kritisch begegnet werden. Wir vertreten die Auffassung, dass Staat und Kapital gemeinsam aufgehoben werden müssen.

Der Staat garantiert die Freiheit der Einzelnen, das bedeutet, dass niemand zur Arbeit gezwungen werden darf, dennoch hält uns der stumme Zwang der Verhältnisse dazu an uns mit Lohnarbeit zu verdingen. Gewisse Bedingungen in Hinsicht auf Arbeit und Einkommen dürfen um des sozialen Friedens willen jedoch nicht unterschritten werden. Zur Freiheit gehört daher, dass es ein Recht für alle gibt, das bedeutet die Gleichheit vor dem Gesetz. Diese hat aber konkrete Ungleichheit zur Folge, so ist es dem Reichen wie dem Armen verboten unter der Brücke zu schlafen.

Mit der Festlegung allgemeingültiger Gesetze und deren Durchsetzung – notfalls mit Gewalt – festigt der Staat seine Existenz und macht seine Satzung alternativlos. Denn kämen Menschen und Natur durch wirtschaftliche Ausbeutung zu stark zu schaden, würde dies über kurz oder lang einen katastrophalen Zusammenbruch der Gesellschaft, wie wir sie bisher kennen, zur Folge haben. Eine sicherlich wenig erquickliche Vorstellung. Der Staat richtet die Verhältnisse damit so ein, dass die Kapitalakkumulation auf lange Zeit gesichert ist, um sein eigenes Bestehen zu garantieren, seine Finanzierung bestreitet er dabei aus Steuergeldern. Er handelt somit im Gesamtinteresse des Kapitals nicht aber unbedingt im Interesse einzelner Unternehmer_innen.

Nur kurz soll hier darauf verwiesen werden, dass sich Staaten auch untereinander in ständiger Konkurrenz befinden und zur Durchsetzung nationaler Interessen imperialistische Programme fahren. Dies kann wie gegenwärtig in der EU zu beobachten ist durchs rigorose Diktat einer Sparpolitik geschehen, um die eigene wirtschaftliche Vormachtstellung zu sichern, wie dies Deutschland gegenüber dem Rest der EU – vor allem aber an Griechenland – vollzieht. Es kann aber letzten Endes durch offenen Krieg entschieden werden, eine Tatsache die man sich 100 Jahre nach dem ersten Weltkrieg – der sogenannten „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ – immer wieder

1 Von Existenzminimum kann nicht mal die Rede sein, der deutsche Staat fällt mit „Hartz IV“ noch unter die selbstdefinierte Pfändungsgrenze von 1080 Euro im Monat. Vgl: <https://de.wikipedia.org/wiki/Pfändungstabelle>

bewusst machen sollte. Die Möglichkeit Konflikte zwischen Staaten kriegerisch zu lösen ist ständiger Begleiter der Geschichte, so führt Deutschland auch heute unterschiedlichsten Orten dieser Welt Bundeswehreinätze durch – sei es zur Sicherung seiner Grenzen oder der Garantie des ökonomischen Vorteiles.

Darüber hinaus wird die Frage relevant, wie sich eine solch monströse Institution wie der Staat überhaupt bilden konnte und warum sein Fortbestehen in den Köpfen der Menschen als nationalistische Ideologie so wirkmächtig ist, dass sie sich kaum eine andere Organisationsform der Gesellschaft vorstellen mögen. In diesem Sinne wäre mit Eugen Paschukanis² zu fragen:

„Warum bleibt die Klassenherrschaft nicht das, was sie ist, d.h. die faktische Unterwerfung eines Teiles der Bevölkerung unter die andere? Warum nimmt sie die Form einer offiziellen staatlichen Herrschaft an, oder – was dasselbe ist – warum wird der Apparat des staatlichen Zwanges nicht als privater Apparat der herrschenden Klasse geschaffen, warum spaltet er sich von der letzteren ab und nimmt die Form eines unpersönlichen, von der Gesellschaft losgelösten Apparates der öffentlichen Macht an?“

2 Eugen Paschukanis: Allgemeine Rechtslehre und Marxismus, siehe online:
http://kommunismus.narod.ru/knigi/pdf/Eugen_Paschukanis_-_Allgemeine_Rechtslehre_und_Marxismus.pdf

Kapitalismus

Der Kapitalismus ist ein Wirtschaftssystem, das der Bedürfnisbefriedigung sehr vieler Leute entgegensteht. Das materielle und auch viel psychisches Leid in dieser Gesellschaft ist kein „Fehler“ und auch kein „Versagen“ des Systems oder einzelner Akteur_innen, sondern notwendige Folge, warum und wie gewirtschaftet wird.

Auch die immer wiederkehrenden kapitalistischen Krisen sind nicht die Schuld einzelner Akteure, geschweige denn Anzeichen dafür, dass der Kapitalismus vor dem Zusammenbruch steht, sondern lediglich eine notwendige Begleiterscheinung der kapitalistischen Ökonomie.

Die Verteilung & Verwendung der Einkommen ist wesentlich bestimmt durch die Regeln der kapitalistischen Produktionsweise. Diese erklären wir uns wie folgt:

„Kapital“ nennt Marx den Prozess der Verwertung des Werts. Zweck des Kapitals wiederum ist es, Profit zu erwirtschaften. Die privaten Konsumausgaben der Kapitalist_innen mögen für diese subjektiv den Grund ihrer Investitionstätigkeit darstellen – um sich als Unternehmer in der Konkurrenz zu bewähren, müssen Profite aber weitgehend reinvestiert werden. Damit wird das Erwirtschaften von Profiten zugleich zum Sachzwang für Kapitalist_innen.

In dieser Rechnung kommen die beiden Quellen des Reichtums – Natur und Arbeit – als Kostenfaktor vor, und werden deshalb vom Kapital auch notwendig beschädigt.

Der Arbeitslohn ist für die Mehrheit der Menschen Haupteinkommen (Arbeitnehmer) bzw. zentraler Bezugspunkt (Lohnersatzleistungen: Arbeitslosen / Krankengeld; Rente). Die Höhe des Arbeitslohns beträgt – bis auf Ausnahmen – bestenfalls die Kosten für den Lebensunterhalt. Der Lohn selbst, ist dauerhaft niedrig, weil

a) er in der Kalkulation der Lohnzahlenden Unternehmer als zu minimierender Kostenfaktor vorkommt und

b) die Masse der Arbeiter*innen getrennt sind von den Produktionsmitteln, weswegen sie auf Arbeitsplätze von Unternehmen angewiesen sind.

Weiterhin ist der alternative Einsatz des Lohnes mittels veränderter Konsumentscheidungen kein Mittel, die Gründe für schlechte Arbeitsbedingungen, Hungerlöhne und Umweltverschmutzung zu beseitigen. Mit seinem Lohn kann man nämlich nur Produkte kaufen, die Unternehmen vorher unter ihrer Spekulation auf Profit hergestellt haben. Und dieses Verhältnis lässt sich als Konsument nicht auflösen.

Weiterer Grundsatz des Kapitalismus ist das sich Gegenüberstehen zweier Klassen. Weil sich in der Frage der Lohnhöhe und Arbeitsbedingungen sich ausschließende Interessen gegenüberstehen und Arbeiter_innen und Kapitalist_innen gleichzeitig aufeinander angewiesen sind, gibt es hier keine Auflösung des Gegensatzes, sondern einen beständigen Kampf der Interessen (ökonomischer Klassenkampf).

Auch Zins & Kredit sind notwendige Bestandteile des entwickelten Kapitalismus. Kredit ermöglicht dem produzierenden und dem Handels-Kapital als lohnend erachtete Investitionen zu tätigen, noch bevor die dafür notwendigen Mittel in Form von Gewinn erwirtschaftet sind.

Sie tun dies in der Spekulation darauf, dass der zusätzliche Gewinn die Kosten für den Zins übersteigt. Banken wollen aber nicht einfach funktional für das Profitinteresse der Unternehmen sein, sondern den Bedarf nach Kredit benutzen, um selbst damit Gewinn zu erzielen. Sie spekulieren also im Fall von Unternehmenskrediten darauf, dass die Spekulation der kreditierten Unternehmen in der Masse aufgehen. Banken und produzierende Unternehmen verfolgen also den gleichen Zweck: Kapitalvermehrung.